

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 22. März 1889.

Nr. 138.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pf.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

44. Plenarsitzung vom 21. März.

Präsident von Leschow eröffnet die Sitzung nach 1 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

(Bereits vor Beginn der Sitzung war der Herr Reichskanzler im Hause anwesend.)

Tagesordnung:

Zweite Beratung des Nachtrags-Etats.

Die Forderung für das auswärtige Amt wurde debattelos bewilligt.

Ueber die Forderungen des Militäretats berichtete namens der Kommission der nationalliberalen Abg. Dr. Büchtemann, der die Bewilligung fast sämtlicher Forderungen empfahl.

Abg. v. Ellrichshausen (Reichsp.) hob die große Bedeutung der Vermehrung der Gespanne hervor, während

Abg. Richter erklärte, für letztere nicht stimmen zu können, nachdem seine Vorschläge, diese dauernden Mehrausgaben durch Ersparnisse auf anderen Gebieten auszugleichen, keine Geneigtheit beim Hause gefunden haben.

Darauf wurde eine Reihe von Forderungen debattelos bewilligt.

Es folgt die Beratung des Marine-Etats, dessen unveränderte Annahme der Abg. Kalle (natlib.) als Referent der Budgetkommission empfiehlt.

Abg. Frhr. von und zu Franckenstein (Zentr.) erklärt sich gegen die Theilung der Marineverwaltung, deren Kosten noch nicht anzusehen seien.

Abg. Dr. Delbrück (Reichsp.) ist für die Bewilligung namentlich der Forderungen für die Theilung der Admiralität in Kommando und Verwaltung. Die neue Theilung schaffe auch keineswegs den als unzulässig erkannten Zustand der Zeit vor dem Jahre 1870, sondern einen wesentlich anderen und besseren.

Abg. Richter (freis.) erklärt, seine Partei lehne die Theilung ab; für einen Unterschied zwischen der neu zu schaffenden Situation und der vor dem Jahre 1870 sei absolut kein Grund ersichtlich. Es handle sich um die Schaffung einer Behörde, die der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers entzogen werde. Hierzu mitzuwirken sei seine Partei nicht willens, und zwar um so weniger, als die Kommissions-Erörterungen nur Gründe gegen, nicht aber für die Theilung ergaben hätten. Die Sache erscheine auf bestimmte persönliche Verhältnisse berechnet und die Schwierigkeiten der Theilung würden sich vergrößern, wenn das Oberkommando nach Kiel verlegt werde.

Kontreadmiral Hanssen erwidert, die Verhältnisse, welche für die Theilung sprächen,

seien gar nicht zu vergleichen mit denen vor 1870. Die in der mehrerwähnten Batsch'schen Broschüre gezogenen Schlussfolgerungen gingen von falschen Voraussetzungen aus. Wie durch die Theilung eine Schwächung der Rechte des Reichstages möglich sein solle, sei nicht einzusehen. Der Chef der Verwaltung trage die Verantwortung vor dem Reichskanzler und dem Parlamente. Die Nothwendigkeit der Neuorganisation ergebe sich aus der Thatfache, daß von einer Person die Geschäfte des Kommandos und der Verwaltung gleichzeitig nicht erledigt werden könnten. Auch die Dringlichkeit der Maßregel sei nicht zu verkennen, denn in allen Zweigen der Marineverwaltung werde die neue Organisation ersehnt; lasse man diesen Umstand unberücksichtigt, so leide darunter die ganze Marineverwaltung.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Vom Standpunkte der Reichsverwaltung muß die Dringlichkeit der Vorlage betont werden. Verfügt ist seitens der Regierung nichts; die Entscheidung des obersten Kriegsherrn konnten nicht früher erfolgen, als sie erfolgt sind. Dem Kanzler stehen zwei Arten von Behörden gegenüber, diejenigen Behörden, bezüglich deren der Kanzler sich in einer gewissen Abhängigkeit vom Reichstage befindet, und diejenigen, welche sich als Kommando-Beörden unter der Majestät direkt Befehl vereinigen. Der Kommandeur der Marine muß ein viel zu hochstehender Soldat sein, um von dem Reichskanzler abzuhängen. Ich habe viele Jahre lang von dem Mißverhältnisse zu leiden gehabt, denn ich kann thatsächlich keine Verantwortung für das Marine-Kommando übernehmen. In Ihrem eigenen Interesse müssen Sie diese Theilung anstreben, damit die Kommandogewalt, wie dies verfassungsmäßig sein soll, in die Hände des Kaisers übergeht. (Bravo rechts.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) tritt ebenfalls für die Bewilligung der Theilung ein, wesentlich aus den bereits von dem Abg. v. Delbrück vorgebrachten Gründen.

Abg. Dr. Miquel (natlib.) erklärt, vom Standpunkte der finanziellen Interessen scheine die Organisationsfrage wichtig. Von Einfluß sei hierfür die Personenfrage; aber da hätten wir nicht die Möglichkeit einer selbstständigen Prüfung und müßten uns auf die Mittheilungen der Regierung verlassen. Auch vom konstitutionellen Standpunkte aus scheinen die Gründe des Reichskanzlers durchschlagend, und seine Partei werde deshalb für die Vorlage stimmen.

Abg. Frhr. von und zu Franckenstein (Zentr.) will in der Hoffnung, daß die Rechte des Reichstages auch unter der neuen Verwaltung gewahrt werden würden, seine Bedenken ausgeben und für die Vorlage stimmen (Beifall rechts), worauf

Abg. v. Helldorff (konf.) erklärt, daß seine Freunde einstimmig für die Vorlage stimmen werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Richter fragt, woher plötzlich die früher nie aufgetauchte Verfassungsfrage komme? Das Kommandorecht Sr. Majestät stehe gar nicht in Frage; es handle sich um eine Stelle unter dem Befehle Sr. Majestät.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Es ist jedenfalls sehr erfreulich, wenn der Kaiser der Marine mehr Interesse zuwendet als seine Vorgänger, die keine Marine hatten. Wir haben 15 Armeekorps bei der Landarmee; es handelt sich gewissermaßen um ein neues Kommando, ähnlich den Korpskommandos, und es handelt sich um eine Scheidung des Kommandos von der Verwaltung; ich bitte, die Vorlage anzunehmen. (Bravo! rechts.)

Die Debatte wird geschlossen und die Position gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und eines kleinen Theils des Zentrums bewilligt.

Der Rest des Etats der Marineverwaltung, sowie das Etats- und Anleihegesetz werden ohne weitere Debatte genehmigt.

Der Gesetzentwurf über Abänderung des Vereinsgesetzes der Transatlantiker wurde in dritter Lesung, die Vorlage über die Aufhebung zweier Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes in zweiter Lesung genehmigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Dritte Beratung des Nachtrags-Etats, Genossenschaftsgesetz.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Plenarsitzung vom 21. März.

Präsident von Koller eröffnet die Sitzung mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen nach 10 Uhr.

Nachdem der Präsident die Ermächtigung erhalten, die Glückwünsche des Hauses zu der Geburt des Sohnes Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich übermitteln zu dürfen, beginnt das Haus die dritte Lesung des Etats.

Die Generalverhandlung gestaltete sich sehr kurz, da sämtliche Redner in Rücksicht auf die dringende Geschäftslage darauf verzichteten, allgemeine Etatsfragen zu besprechen, um womöglich heute noch die Beratung zu Ende zu bringen. Ebenso erklärten die Redner im Voraus, daß sie auf die Einbringung der in der zweiten Lesung angekündigten Anträge verzichten würden. Doch kündigte Abg. Richter an, daß er beim Etat des Ministeriums des Innern das Wort ergreifen werde.

Dann erledigte das Haus in der Einzelberatung eine Anzahl von Etats in meist ganz unerheblicher Debatte.

Beim Etat der direkten Steuern fragte der Abg. Hamacher den Minister, wann der in der Thronrede angekündigte Gesetzentwurf betreffend die Reform der direkten Steuern dem Hause zugehen werde.

Finanzminister v. Scholz erwiderte, daß die Regierung den lebhaftesten Wunsch habe, dieses Gesetz so bald wie möglich vorzulegen; über die grundsätzlichen Punkte herrsche innerhalb der Regierung volles Einverständnis. Dennoch stoße die schließliche Gestaltung des Entwurfs auf Schwierigkeiten innerhalb der Regierung, und auch äußere Verhältnisse hätten einen Aufschub veranlaßt. Er könne aber versichern, daß das Gesetz noch im Laufe dieser Session vorgelegt werden würde, wenn er auch einen bestimmten Zeitpunkt hierfür nicht angeben vermöge.

Abg. Richter begrüßte diese Erklärung mit Freude, denn danach könne von einer Erledigung dieses Gesetzes vorläufig keine Rede sein und seine Partei habe keine Sehnsucht nach dem neuen Steuergesetz.

Abg. Dr. Hamacher (natlib.) hielt diese Erwägungen für verfrüht, weil sie ein Urtheil über ein Gesetz enthielten, welches noch gar nicht vorliege. Er würde es sehr bedauern, wenn das Gesetz nicht so frühzeitig eingebracht würde, daß es noch in dieser Session zur Erledigung kommen könnte.

Beim Etat des Ministeriums des Innern entspringt sich zunächst wegen einiger unwesentlicher Fragen eine Debatte, sodann ergreift der Abg. Richter (freis.) das Wort; derselbe will eine Sache zur Sprache bringen, die überall das peinlichste Aufsehen gemacht habe — das Verbot der Berliner „Volk-Zeitung“.

Als seinerzeit die „Emschörner Zeitung“ verboten worden, sei seitens des früheren Ministers des Innern v. Büttamer noch vor der Entscheidung der Reichskommission Remedur geschaffen worden. Die „Volk-Ztg.“ habe seiner Partei fern, er selbst sei von derselben wiederholt auf das Schärfste angegriffen worden. Es handle sich hier nicht um eine Kritik des Sozialistengesetzes, sondern nur um eine Maßregel zur Ausföhrung desselben. Der Artikel enthalte allgemeine politische Erörterungen; von sozialdemokratischen Bestrebungen sei darin gar keine Rede. Der Artikel feiere eine frühere Umwälzung, die zu den bestehenden Verhältnissen geführt habe, an die wir durch Recht und Verfassung gebunden seien; er fordere aber nicht zu einem künftigen sozialistischen Umsturz auf. Einen besonderen Vorwurf aber mache er dem Minister des Innern aus dem Verbot der als Fortsetzung der „Volkzeitung“ erscheinenden Blätter „Der Arbeitermarkt“ und „Die Zukunft“. Hier liege eine flagranten Gesetzesverletzung vor, denn es habe offenbar nicht in der Absicht der Gesetzgebung gelegen, völlig farblose Blätter zu unterdrücken. Der Vorwurf gebe einen Vorgeschmack davon, was man von dem neuen Sozialistengesetz zu erwarten haben werde. Man werde dasselbe auch auf andere

Parteien anwenden; das Volk fordere Sühne für das, was geschehen. (Beifall links, Zischen rechts.)

Minister Herrfurth erklärt, es handle sich hier um eine in das Kompetenzgebiet des Reichs gehörige Angelegenheit. Der Berliner Polizeipräsident sei indeß formell im Rechte gewesen, da er die betreffende Maßregel ergriffen habe. Der Herausgeber der „Volkzeitung“ habe Beschwerde dagegen erhoben; die Entscheidung über dieselbe stehe der Reichskommission und lediglich dieser zu. In diesem Stadium sei er nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben und dadurch der Entscheidung vorzugreifen. Der Fall mit der „Emschörner Zeitung“ habe ganz anders gelegen; hier habe es sich zweifellos um ein Organ der freisinnigen Partei gehandelt, während der Abg. Richter versucht habe, die „Volkzeitung“ von den Reichsfeinden der freisinnigen Partei abzuschütteln. Die „Volkzeitung“ sei ein Mittelglied; sie verbinde vielleicht die freisinnige mit der sozialdemokratischen Partei. Was das Verbot der Fortsetzungen der „Volkzeitung“ anlangte, so behalte er sich darüber noch seine Entschlüsse vor. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (freis.) erklärt, die Sache gehöre nicht vor das Forum dieses Hauses, sie sei hier auch nur vorgebracht worden, um die Reichskommission zu beeinflussen. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Mundel (freis.) führt aus, es würden andere Sachen, die noch viel weniger vor dieses Haus gehörten, anstandslos hier verhandelt. Das Verbot der „Volk-Ztg.“ sei nicht sowohl wegen des Artikels vom 17. März, sondern wegen des Artikels vom 9. März erfolgt. Das Verbot sei die Rache für den Artikel vom 9. März, aber diese Rache sei ungescheit. Eine Aufforderung, die Scenen der Revolution zu wiederholen, enthalte der Artikel vom 17. März nicht. Die Begründung des Verbots hätte sofort gegeben werden müssen; freilich sei sie in diesem Falle besonders schwierig gewesen. Wenn die Reichskommission die Wiederaufhebung des Verbots beschließen sollte, so könnte sie doch den inzwischen schon eingetretenen finanziellen Ruin der Gesellschaft nicht ungeschehen machen.

Abg. von Rauchhaupt (konf.) führt aus, die Sache sei nur in agitatorischem Interesse hier zur Sprache gebracht worden; der Abg. Mundel habe sich auch eines materiellen Eingehens in die Sache enthalten. Derselbe sei der Verfasser der Beschwerdebefrist und er versuche nun auch hier, die zur Entscheidung berufene Kommission in seinem Sinne zu beeinflussen. Ein preussischer Beamter werde sich auch durch die von Richter verlangte Regressfrist nicht abhalten lassen, seine Pflicht nach seiner besten Ueberzeugung zu thun. Der Fall werde ja benutzt werden, um bei der Beratung des Sozialistengesetzes Schwierigkeiten zu veranlassen; aber keine Regierung werde sich dadurch hindern lassen, das zu beschließen, was sie für das Wohl des Vaterlandes für nöthig halte. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) bestreitet, daß unsere Verfassung ein Vermächtniß des 18. März 1848 sei; wir hätten die Verfassung von den preussischen Königen erhalten. Den Fall zu erörtern, sei das Haus berechtigt, aber die Erörterung sei verfrüht. Jedenfalls wünsche er, daß die Sache beschleunigt werde. Den Artikel vom 17. März beklage er aufs tiefste, er (Redner) erkenne nie ein Recht der Revolution an. Nicht minder, das brauche er wohl nicht erst zu versichern, beklagen er und seine Freunde den Artikel vom 9. März. Verhindern indeß sollte man die weiteren Beschläge von Fortsetzungen des verbotenen Blattes, so lange dieselben nicht gleichfalls Aergerniß erregen.

Abg. Mundel (freis.) führt aus, der Geburtstag unserer Verfassung sei der 18. März 1848; an dieser Thatfache lasse sich nichts ändern; er sei monarchisch, aber nicht byzantinisch und er habe manches Gute in der „Volk-Ztg.“ gefunden.

Beim Kultusetat theilt Kultusminister Dr. v. Gossler auf Befragen des Abg. Richter (freis.) mit, daß die betreffende landrätliche Verfügung gegen den Schwelmer Lehrerverein von Seiten der Regierung zu Ansbach aufgehoben sei.

Bei der Petition „Patronatsaufhebung“ bittet

Abg. Febr. von Zedlitz und Neukirch (freil.) um Annahme mit dem ursprünglichen Vermerke der Regierung, woraus von national-liberaler Seite die Bereitwilligkeit zur jeweiligen Unterstützung erklärt wird. Nachdem Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) eine gleiche Erklärung namens seiner Partei abgegeben, hält das Haus die Beschlüsse zweiter Lesung aufrecht.

Hierauf wird ohne weitere Debatte der Rest des Etats, sowie auch das Etatsgesetz genehmigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Seebahnvorlage.

Schluss 3¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 21. März. Dem Bundesrathe ist eine Reihe von Anträgen auf Ergänzung und Abänderung des § 52 des Betriebsreglements für die Eisenbahnen Deutschlands zugegangen, welche im Reichseisenbahnamt aufgestellt und von demselben mit einer eingehenden Denkschrift begleitet worden sind. Es handelt sich dabei um Erweiterung der bestehenden Schutzmaßregeln bei der Beförderung von Stoffen, welche durch Explosion Gefahren anrichten könnten und wegen anderer Gründe eine vorsichtigerer Verpackung erheischen. Ein anderer Theil der Anträge betrifft die Bezeichnung der Wagen nach Ladegewicht, während bisher die Bestimmung nach Tragkraft erfolgte.

— Aus Ostafrika lauten, wie die „Post“ berichtet, die neuesten Nachrichten, welche hier eingetroffen sind, günstiger, und der Aufstand macht erschütternde Fortschritte mehr. Es hat sich sogar die charakteristische Erscheinung gezeigt, daß in den von den Rebellen besetzten Häfen von den von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft eingesetzten Arabern noch Zölle erhoben werden können, welche an den Sultan abgeliefert werden. So sind noch einige, wenn auch geringe Summen aus Pangani, Kilwa, Lindi eingelaufen. Man sieht daraus, daß gewisse Kreise der Bevölkerung es doch nicht ganz mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan verderben wollen, und daß sie kräftig genug sind, wenigstens den Schein der Aufrechterhaltung einer gewissen Autorität zu wahren, im Hinblick auf einen etwaigen Umsturz der Verhältnisse.

— Der Schweizer Bundesrath hat, wie aus Bern von heute despatcht wird, beschlossen, das nach Tessin entsandte Infanterie-Bataillon Nr. 68 am 28. d. Mts. durch die Bataillone Nr. 67 und 69 abzulösen. Dieselben haben sich dem eidgenössischen Kommissar zur Verfügung zu stellen und dabei, soweit möglich, den auf dieses Jahr fallenden Regiments-Wiederholungs-Kursus durchzumachen.

Diese Ablösung stellt zugleich eine Verstärkung der nach dem Kanton Tessin kommandirten Bundesstruppen dar.

Island.

Paris, 21. März. Deputirtenkammer. Der Deputirte Laur begründete seine Interpellation über die Kupferkrisis und beantragte die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Wucherer. Laur beschuldigte das Haus Rothschild, die Ursache der jüngsten Kupferkrisis gewesen zu sein; Rothschild sei das Haupt eines gegen den französischen Markt gerichteten internationalen Komplots. Laur beantragte schließlich eine Untersuchung anzustellen. Der Finanzminister Rouvier erwiderte, Laur habe einen wahrhaften Roman vorgebracht, der aber einer ernsthaften Versammlung unwürdig sei. Die gegen Rothschild gemachten Anschuldigungen verdienten keine weitere Zurückweisung. Der Minister erklärte ferner, das Comptoir d'Escompte würde ohne die ihm zu Theil gewordenen Unterstützungen seine Zahlungen eingestellt haben. Das Comptoir d'Escompte habe die Fürsorge der Regierung verdient; was den ersten von der Banque de France geleisteten Vorschuss von 500 Millionen angehe, so sei derselbe in Folge eines Einvernehmens mit verschiedenen Bankiers geleistet. Wenn ein Verlust eintreten sollte, so würde derselbe zunächst durch andere Kapitalisten wie die Bank von Frankreich getragen werden. Da aber ein weiterer Vorschuss von 40 Millionen notwendig geworden, so sei derselbe von der Banque de France gemeinsam mit der aus 50 Personen bestehenden Kapitalistengruppe geleistet worden. Die Schalter des Comptoir d'Escompte werden daher nicht geschlossen werden. Das ehemalige Comptoir d'Escompte müsse aufgelöst werden und durch ein entsprechendes Institut, wenn möglich von kleinerem und mittlerem Umfange ersetzt werden. Der Handelsstand habe in dieser Hinsicht Anstrengungen gemacht, er, der Minister, habe einfach Rathschläge gegeben. Die Bank von Frankreich habe völlig frei gehandelt und man müsse ihr hierfür danken, sowie allen denjenigen, deren Unterstützung es ermöglichte, eine Krisis zu vermeiden, deren Ausdehnung, Rückwirkung und Dauer sich nicht hätte ermessen lassen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte der Justizminister Thevenet, dem Deputirten Lantier antwortend, daß das Gesetz wegen wucherischer Geschäfte noch bestesse, es sei aber schwieriger, Beweise zu liefern, daß Geschäfte wucherischer Natur seien. Lejeune wirft der Regierung vor, sie habe in der Panama-Affaire nicht intervenirt, thue dies aber in der Comptoir d'Escompte-Affaire, welche eine Angelegenheit der ersten Bankhäuser und der Börsenspekulanten sei. Der Finanzminister, Rouvier, erwidert, die Regierung habe in der Panama-Affaire nichts thun können, was die Comptoir d'Escompte-Angelegenheit be-

treffe, so sei die Regierung einzig und allein um das Interesse der Deponenten besorgt gewesen und nicht um das der Bankiers. Laur und seine politischen Freunde würden nicht eher ruhen, als bis die Rothschilds nach Deutschland ausgewandert seien. Auch von den Deputirten Christophle und Soubeiran wurde heftig gegen die Auslassungen Laurs protestirt. Millerand behauptet, die Regierung habe dabei nur einen Theil ihrer Pflicht gethan, dieselbe müsse jedoch ein beifolgendes Beispiel statuiren und deshalb beantrage er eine Tagesordnung, welche die Regierung auffordert, unverzüglich eine gerichtliche Untersuchung über die thatsächlich vorgekommenen wucherischen Geschäfte zu eröffnen. Der Justizminister weist darauf hin, daß die Regierung die Thatsachen aufs peinlichste untersuchen werde, um Aufklärung zu schaffen und die Schuldigen zu ermitteln, aber sie behalte sich die Wahl des Zeitpunktes vor. Darauf wurde einfache Tagesordnung mit 284 gegen 234 Stimmen abgelehnt. Laur zieht die von ihm beantragte Tagesordnung zurück, welche Einleitung der Untersuchung und gerichtliche Verfolgung forderte, worauf die von Champson beantragte und von der Regierung acceptirte Tagesordnung mit 339 gegen 212 Stimmen angenommen wurde. Dieselbe brüdt die Ueberzeugung aus, daß die Regierung die erforderlichen Maßnahmen treffen würde, um diejenigen zu ermitteln, welche die Verantwortlichkeit treffe, und um dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Rom, 18. März. Wenn der Jubel, mit welchem König Humbert an seinem Geburtstag vom Volke begrüßt wurde, als Thermometer der öffentlichen Meinung anzusehen ist, wird man anerkennen müssen, daß der jüngste Ministerwechsel sich einer allgemeinen Zustimmung zu erfreuen habe. Die Sympathien für den König äußern sich zwar bei jeder feierlichen Gelegenheit, aber der Wärmegrad ist doch je nach den politischen Vorurtheilen, welche diesen Gelegenheiten vorangingen, merklich verschieden. Diesmal nun war die Stimmung eine ungewöhnlich freundliche, wahrscheinlich in Folge der Vermuthung, daß das neue Cabinet dem Lande die schweren Geldopfer ersparen werde, welche das frühere Ministerium ihm zugebracht hatte. Mit der Erfüllung dieser Hoffnung hat es allerdings gute Wege, aber da Viele sie nähren, verbreitet sie sich in weite Kreise und erleichtert wenigstens augenblicklich die schwer gedrückten Gemüther des Volkes. Die stürmischen Demonstrationen, die dem König nach der Truppenrevue vor dem Quirinal dargebracht wurden, wiederholten sich auch bei der feierlichen Grundsteinlegung zum neuen Justizpalast auf den Prati di Castello, einem monumentalen Bau, dessen Ausführung einigen Tausenden von Arbeitern viele Jahre hindurch Beschäftigung und Brod gewähren wird.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. März. Wie die „N. St. Ztg.“ hört, ist der Banquier Herr Konrad Abel zum Kommerzienrath ernannt worden.

— Ueber das Vermögen des Gastwirths Emil Schöler zu Jülich ist das Konkursverfahren eröffnet, der Rechtsanwalt Plünger zu Barth ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 9. April bei dem Amtsgericht in Barth anzumelden.

— Die gestrige zweite Aufführung der Pöhlischen Oper „Philippine Welsch“ im Stadt-Theater erfreute sich wiederum der beifälligen Aufnahme seitens des Auditoriums. Herr Pöhl wurde wiederholt durch Hervorrufe ausgezeichnet. Das Werk hat durch mehrere Streichungen bedeutend gewonnen und dadurch noch mehr Lebensfähigkeit erhalten. So wünschen wir denn, daß die Oper recht bald ihren Lauf über die deutschen Bühnen nehmen möge.

— Heute Morgen wurde die Nätherin Emilie Prus aus Breslau festgenommen, weil sie einem jungen Mädchen, mit welchem sie bei einem Schneidermeister zusammen arbeitete, eine goldene Uhr nebst Ketten und einen Ring entwendet hatte. Die gestohlene Uhr und Ketten wurden bei ihr gefunden.

— In den letzten Tagen wurden die Arbeiter Franz Klop und August Müller wegen Raubes in Haft genommen. Dieselben hatten am 15. d. M. in der Louisenstraße einen hiesigen Restaurateur überfallen, zu Boden geworfen und ihm gewaltsam eine silberne Uhr mit schwerer goldener Kette entzogen.

— Der Maurerlehrling Karl Dietrich fiel gestern auf dem Neubau Scharnhorststr. 13 beim Absteigen von einer Leiter herab und erlitt einen Bruch des rechten Unterarms. Der Verunglückte wurde nach „Bethanien“ geschafft.

— Eines „Münchener Salvatorbier“ aus der Zacherl'schen Brauerei in München, ein aus den ersten Hopfen- und Gerste-Quantitäten hergestelltes, nicht mit dem sog. „Vod-bier“ zu verwechselndes Getränk gelangt von morgen an in den Räumen des hiesigen Zacherl'schen, kleinen Domstraß 5, zum Ausverkauf und wird nur während dreier Tage verschänkt werden. Wie in München so wird auch hier für Salvatorbier und Salvatorbierchen u. dgl. bestens gesorgt sein.

— In Anklam wird der Verein für bürgerliche Interessen gegen die am 14. d. M. stattgehabte Bürgermeistereiwahl bei der königlichen Regierung Protest erhoben. Gewählt wurde bekanntlich Herr Stadtrath Löwe-Gera gegen den bisherigen Beigeordneten Herrn Wahrndorf durch das Los, da beide im zweiten und dritten Wahlgange 17 Stimmen erhalten hatten. Der von

einem Rechtsanwalt verfaßte und gegesigelt beglaubigte Protest liegt zur allgemeinen Unterzeichnung in Anklam öffentlich aus. Die gegesigelte Begründung soll darin bestehen, daß zur Zeit der Wahl zwei Stadtverordneten-Mandate erledigt waren. Nach der Städte-Ordnung ist dies jedoch kein Grund, die Wahl anzutasten.

— Landgericht. Strafkammer 3. — Sitzung vom 22. März. — Am 16. Oktober v. J. kam der Tourdampfer „Grabow“ oberwärts von Goglow und hatte fast das Dampf-schiffhollwerk erreicht, als der Dampfer „Fortschritt“, Kapitän Berleberg, vom Bollwerk abstieg, um oberwärts zu fahren. Die beiden Dampfer waren bald so nahe, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war und Dampfer „Grabow“ stieß auch mit seinem Vordersteven dem „Fortschritt“ in die Backbordseite. Die Beschädigung des „Fortschritts“ bestand nur aus einer Beule und einem kleinen Riß und konnte der Dampfer seine Touren fortsetzen, trotzdem glaubt der Führer des Dampfers, daß die Reparatur des Schadens 400 bis 500 Mark kosten wird. Dem Schiffer Wilhelm A. prögger als Führer des Dampfers „Grabow“ wurde zur Last gelegt, daß er durch falsche Steuerung den Zusammenstoß verschuldet und hatte er sich heute wegen Uebertretung der kaiserl. Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See vom 7. Januar 1880 zu verantworten; doch konnte ihm eine grobe Schuld nicht nachgewiesen werden, dagegen nahm der Gerichtshof an, daß er doch die nöthige Vorsicht außer Acht gelassen hatte und verurtheilte ihn zu 50 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß.

Kunst und Literatur.

Heute liegt uns ein Buch vor, welches wir allen unsern Lesern aufs wärmste empfehlen können, Martin Bauer's Enid, ein Roman in zwei Bänden, Breslau bei S. Schottländer. Das Buch bietet uns reizende Situationen und spannende Entwicklungen; die Charaktere sind edel gehalten, die Dialoge lebendig, die Sprache ist anmuthig, wohl selbst schön, und das Ganze ist so rein aus dem Leben gegriffen ohne jedes Gefünstel oder Ueberspinnung. Kurz es ist ein Buch, gesund und frisch, welches jedem Leser Freude machen und ihn geistig anregen und erquicken wird. [59]

Fahrhandbuch zum Selbststudium für alle Freunde des Fahrports, Equipagenbesitzer, Kutscher und Fahrer jeden Standes. Von Berthold Schönbeck, Stallmeister Sr. Durchlaucht des reg. Fürsten von Schwarzburg-Sonderhausen. Mit zahlreichen Illustrationen und Textabbildungen. Ca. 6 Lieferungen à 1 Mark. Lieferung 1. Friebe & von Puttkamer, Dresden.

Dieses neue Werk des auf hippologischen Gebiete hervorragenden Verfassers wird jedenfalls in allen interessierten Kreisen das größte Aufsehen erregen. Durch das Fahrhandbuch wird, wie schon die vorliegende Lieferung 1 zeigt, überhaupt jedem Fahrer die Gelegenheit geboten, sich durch Selbststudium dahin zu bringen, daß er nicht allein das Fahren richtig erlernt, die Leistung seines Kutschers beurtheilen, kann sondern auch die volle Kenntniß des Wagenspferdes und aller zum Fahren nöthigen Dinge erlangt.

Ebenso wie der Verfasser in seinem im Herbst erschienenen Buche „Das Schenken der Pferde“, welches in kurzer Zeit drei Auflagen erlebte, sich von einem rein praktischen Standpunkt aus an das Publikum wandte, so hat er auch im „Fahrhandbuch“ einen Ton angeschlagen, der an Klarheit und leichter Auffassung nichts zu wünschen übrig läßt. Das Fahrhandbuch wird deshalb für jeden Equipagenbesitzer, Fahrer und Kutscher ein treuer Berater und leicht verständlicher Lehrer sein.

Die Ausstattung ist von der bekannten Verlags-Buchhandlung wie immer eine vortreffliche. [49]

Bermischte Nachrichten.

Berlin. Einen tragikomischen Beigeschmack hatte eine Heirathsgeschichte, die vor der Berufsstammmer des Landgerichts I. verhandelt wurde. Im vorigen Sommer hielt sich ein Herr B., Gutepächter aus dem Thüringischen, hier auf, um sich unter den Töchtern der Residenz umzusehen. Er wollte eine möglichst gute Partie machen und glaubte dies am besten zu erreichen, wenn er sich an eine Heirathsvermittlerin wandte. Diese hatte gerade nichts Passendes „auf Lager“, sie hatte aber eine Bekannte, die geschiedene Ehefrau Bertha Werner; bei der wohne eine junge Dame, reich und bildhübsch, das sei eine passende Frau für den Gutepächter. Diesem schien es auch so, und schon am folgenden Tage traf er mit den drei Damen in einem Restaurant zusammen. Die Sache war richtig, hübsch war sie und auch vermögend. Nachdem die Bekanntschaft zwischen dem Heirathskandidaten und der jungen Dame vermittelt war, erzählte die Letztere ihm mit herzwinnender Offenheit, daß sie 50,000 Thaler besitze. Sie habe bis vor Kurzem bei ihrem Bruder in Magdeburg gewohnt, sei aber von dort nach Berlin eher gestücht als gezogen, um einer Heirath mit einem hochgestellten Beamten aus dem Wege zu gehen. Ihr sage nun einmal das Landleben mehr zu. Herr B. lächelte verständnisvoll, sie schienen für einander geschaffen. In den folgenden Tagen konnte man ihn mit den drei Damen im Ausstellungspark und in anderen Vergnügungsorten sehen. Es war bereits bei der zweiten Zusammenkunft zu einer regelrechten Verlobung mit Ringwechsel ge-

kommen. Herr B. trug vorläufig die Kosten des gemeinsamen Amüsaments, auch hatte er der Frau Werner eine Provision von 3000 Mark nach erfolgter Hochzeit versprochen. Acht Tage später reisten die Verlobten nach der Heimath des Bräutigams, um ihren demnächstigen Verwandten vorgestellt zu werden. Frauenaugen sehen in mancher Beziehung schärfer wie Männeraugen; der Mutter des Herrn B. gefiel die Braut nicht. Sie theilte ihrem Sohne ihren Verdacht mit, daß seine Braut nicht das sei, wofür sie sich ausbebe. Herr B., welcher bis dahin nicht den geringsten Argwohn geschöpft, wurde jetzt ängstlich; er reiste schleunigst allein nach Berlin zurück, um nähere Erkundigungen einzuziehen. Seine Braut, die sich Elise Müller genannt hatte, wollte ihr Kapital theils im Bankhause Friedländer & Sommerfeld, theils beim Rechtsanwalt Saul deponirt haben. Herr B. erkundigte sich bei den Genannten, keiner kannte die Angefragte. Voller Aufregung eilte Herr B. zur Frau Werner und bat sie, ihm doch reinen Wein über die Persönlichkeit seiner Braut einzuschütten. Frau Werner beruhigte ihn aber und riet ihm, den Bruder des Fräulein Müller in Potsdam aufzusuchen. Herr B. eilte nach Potsdam — es gab dort überhaupt keinen Landrath Müller. Jetzt wurde es ihm klar, daß er einer Gaunerin ins Netz gerathen, er fuhr nach Berlin zurück und nahm die Hilfe der Polizei in Anspruch. Seine Braut kam am folgenden Tage auch wieder nach Berlin zurück, verschwand aber schleunigst, als sie erfuhr, daß sie entlarvt sei; sie soll nach England gegangen sein. Sie ist die Tochter des verstorbenen künigl. Hofjägers Krüger, auf den Namen Knispel getauft und eine zu Abenteuern bedenklicher Art geneigte Person. Man konnte nur noch Frau Werner zur Verantwortung ziehen, welche wegen Beihilfe zum Betrüge unter Anklage gestellt und hierfür vom Schöffengerichte zu 100 Mark verurtheilt worden war. Sie legte Berufung ein und behauptete vor der zweiten Instanz, daß sie es lediglich auf einen Scherz abgesehen habe und auch selbst von der Knispel getauft worden sei. Die Beweisführung ließ sie aber im Stiche und es blieb beim ersten Erkenntniß.

Verantwortlicher Redacteur: B. Siemers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Görlitz, 21. März. In Folge plötzlichen Thauwetters ist die Neisse auf 8 Fuß gestiegen, normal 4. Die Deutschhitzer und Leisewitzer Wiesen sind überschwemmt, Hochwasser wird befürchtet.

Sagan, 21. März. In Folge Thauwetters und anhaltender Regengüsse steigt der Bober zusehends, der Wasserstand hat fast die Höhe von 2 Metern erreicht.

Nach einem Telegramm aus Siegersdorf, welches Hochwasser meldet, beträgt der Wasserstand der Quais 3,35 Meter.

Sprottau, 21. März. (B. Z.) Der Bober steigt bei andauerndem Regenwetter rapide und ist bereits ufervoll. Das aus seinem Quellgebiet gemeldete Hochwasser ist noch zu erwarten, daher die Situation gefahrdrohend.

Wien, 21. März. Abgeordnetenhaus. Auch die heutige Debatte über das Budget des Unterrichts drehte sich hauptsächlich um die Frage der konfessionellen Schule. Der Generalredner der Linken, Beer, trat entschieden für die neue Schule ein, während Kun, Generalredner der Rechten, die dringende Nothwendigkeit einer Reform des Schulwesens darzulegen suchte.

Wien, 21. März. Der Maler Professor August v. Pettenkofen, Mitglied der Akademie der bildenden Künste, ist heute Vormittag gestorben.

Der „Polit. Kor.“ wird aus Belgrad gemeldet, die Witwe des Fürsten Michael Obrenowitsch, Fürstin Arenberg, habe kürzlich telegraphisch zu dessen zweiter Regentiafsära beglückwünscht.

Wien, 21. März. Bei den heutigen Gemeinderathswahlen des zweiten Wahlkörpers entzogen die Antisemiten und Christen den Liberalen vier Sitze, ein fünfter kommt zu engster Wahl. Großes Aufsehen erregt der Wahlzug Hostniks, Magners zu St. Stephan, über einen geachteten Advokaten in innerer Stadt, welche bisher nie anders als liberal gewählt.

Der Hofschauspieler Louis Nöel ist heute gestorben.

Belgrad, 21. März. Allen Blättern, welchen unter den früheren Regierungen der Postbesitz entzogen worden war, ist der Eingang in Serbien wieder gestattet worden. Bissi traf heute Abend in Pazina ein, wohin seine Anhänger ihn auf drei Schiffen entgegengefahren waren. Zu seiner morgen Vormittag hier erfolgenden Ankunft sind große Demonstrationen vorbereitet.

Petersburg, 21. März. (B. Z.) Gerüchweise verlautet, die probeweise Einführung der im Tolstoi'schen Reform-Projekt vorgeschlagenen Landeshauptleute solle zuerst in Theilen des Petersburger, Charlower und Gersoner Gouvernements im Juni versucht werden und im Falle, daß sich der Versuch bewähre, im Herbst eine weitere Ausdehnung erhalten. — Angeblich verweigerte der Priester Paisi, der Genosse Michinoff, dem Gendarmenoffizier jede Auskunft und erklärte, er würde nur dem heiligen Synod Rede stehen, welcher seine Mission gutgeheßen habe. Es erweist sich als positiv richtig, daß dieser zum Reichsmandanten gemachte Mönch nicht seinen Namen schreiben kann; nur mühsam vermag er Gedrucktes, Geschriebenes gar nicht zu lesen.

Roman von E. H. v. Dedenroth.

Der Baron nahm diese Gelegenheit wahr, sich Wolbringen und Lucia vorzustellen. Hatte es Lucia bemerkt, daß sie von Altrüd unablässig beobachtet worden, oder war es die Ueberraschung, daß Jemand sich ihnen als Verwandter nähern wollte, eine brennende Röthe fleg ihr ins

Der Alte verabschiedete sich hiermit und ließ sich von seiner Tochter fortführen. Am anderen Tage machte Altrüd seinen Besuch so frühzeitig, daß er hoffen durfte, Lucia allein sprechen zu können, wenigstens noch keinen dritten im Hause

„Es kann Ihnen nicht fremd sein,“ versetzte Lucia, „weshalb wir aller verwandtschaftlichen Beziehungen entbehren. Ich habe es für Rück-
sicht gehalten, daß Sie sich unwissend stellten.
Ich glaube schwerlich und könnte es auch kaum
wünschen, daß Sie berechtigt sind, aufgegebenen
Beziehungen wieder anzuknüpfen. Sie würden
dadurch nur Hoffnungen bei meinem Vater er-
wecken.“

Es war, als reiche ihre Kraft kaum aus, die Thränen zurückzuhalten, welche das Weh ihres Herzens ihr bei diesen Worten ins Auge drängte, sie wollte es nicht zeigen, daß sie sich unbeschreiblich elend fühlte, ein Jüden der Museln in ihren schönen Zügen verrieth diesen

Amsterdam 3 Tage	2 1/2	169. 00	h
do. 2 Monat	2 1/2	168. 25	h
Wien. Rüsse 3 Tage	4	80. 85	h
do. 2 Monat	2 1/2	80. 45	h
London 3 Tage	3	90. 45	h
Paris 3 Tage	3	85. 80	h
Wien Deferr. 20. 3 Tage	4	187. 80	h
do. 2 Monat	4	187. 10	h
Petersburg 3 Wochen	5 1/2	216. 90	h
do. 2 Monat	5	214. 90	h
Berlin 8 Tage	6	217. 35	h

Dukaten pr. Stck	—	—
Sovereingns	—	—
20-Francs-Stück	16. 32	h
Dollars	4. 18	h
Impérials	16. 70	h
fr. Banknoten p. 100 fr.	40. 80	h
Deferr. Banknoten p. 100 fl.	188. 25	h
Russ. Banknoten d. 10 ^e R.	217. 3	h

Industrie-Prämien.

Deutsche Bank. 70 %	5 1/2	131.75	h
Unter den Linden	0	36.10	h
Kreuz (Klosett)	0	95	h
Bod	6	12	h
Schönhafe	14	319	h
Friedrichshagen	10	216.25	h
Linioli	8 1/2	137.75	h
Lander	10 1/2	—	h
Berl.-Charl. Mercedbahn	2 1/2	115.50	h
Esterm. Straßenbahn	1	70	h
Gr. Berl. Straßenbahn	12	95	h
K. Bism. & Co.	12	405.50	h
Waldfahrt. Schwanenort	1	335	h
Eggt. Hann. H.-Hofst.	1	27.50	h
do. do. Et. &	—	139.25	h
Ett. Walg. H. & P.	—	—	h
Schering, Chem.-Fabrik	22	223	h
Stahlfabr. Chem.-Fabrik	12	153.90	h
Union, Chem.-Fabrik	1	57.75	h
Bazar (Leitung)	8 1/2	178	h
Immobilien-Aktienag.	5	117	h
Fette, Dampfss.-G.	—	85	h
Salzwerke (Eggt.)	4 1/2	126	h
Straßener Disconto-Bank	—	—	h
Vereinf. Union	—	145.60	h

Arbeitgeber,
die Gefangene beschäftigen können und
freundlichst gebeten, Offerten an mich
Bureau des Gerichts-Gefängnisses (Erlau-
bniß) Angabe der Arbeit und des zu erwar-
tenden Lohnes niederlegen zu wollen, damit
ich darüber berichten kann.

F. Richter, Pastor emer.
und Gefängniß-Prediger.

Ein Buch von
Karl Gerof
ist das beliebteste
Beschenk
die Konfirmations-
und Osterzeit.
Vorrätig in den meisten Buch-
handlungen. — **Preisverzeichnisse**
und anderer gediegner Werke
sind franco von der Verlags-
anstalt
Neubauer & Pfeiffer in Stuttgart.

4, N. Zell. v. 15 Jan. an. 1. fremd. Sp.
Nabe. Einbreute. 24. Eing. Willk. 1871.

„Ich werde nicht spielen, Lucia. Es giebt

„Er sucht Reibung mit jedem, der sich mir naht.“

Das Antlitz Valen's war geröthet, er war rascher gegangen, als er Besuch im Garten Lucia's bemerkt und Altrüd erkannt hatte. Er war jeden-

(Fortsetzung folgt.)

Tuche und Buckskins
 in Herren-Anzügen und zu Sommerüberziehern (nur
 neue Waare und neueste Muster) vorrathig ist in jeder
 beliebigen Meterzahl
 zu Fabrikpreisen.
Carl Elling, Tuchfabrikant in Guben.
 Muster franco. Waare gegen Barzahlung.

100

Billardtuch,
Schwere Qual., gebe auch meterweise ab,
Damentuche,
1,85 breit in den neuesten Mustern, Meter 1,50 M.
Wasser frants gegen frants.
Georg Bick, Sagan Schl.

Gilt bei sämmtlichen Papier- und Pappfabriken
in Rheinland und Westfalen gut eingeführter und
dieselben regelmäßig beluchender Agent wünscht die Ver-
tretung einer Leistungs-fähigen
Strohpreßerei
zu übernehmen.
Gesch. Franco-Offerten unter E. X. 358 befördern
Haasensteins & Vogler, Köln.

Nach kurzem Gebrauch unentbehrlich als Zahnpulvermittel.
Neue amerikanische
Schönheit der Zähne | **GLYCERIN-ZAHN-CREME**
(sanitätsbehördlich geprüft)

ALODONT F. A. Sarg's Sohn & Co.,
K. K. Hoflieferanten in **WIEN.**

Bei allen Apothekern, Drogisten und Parfumeurs 1 Stück 65 Pf.

Haupt-Depot:
d. Engros-Vertrieb
NORDDEUTSCH-
LAND
J. B. Rieder,
Berlin N. 39.

Tuche und Buckskins
 in Herren-Anzügen und zu Sommerüberziehern (nur
 neue Waare und neueste Muster) vorrathig ist in jeder
 beliebigen Meterzahl
 zu Fabrikpreisen.
Carl Elling, Tuchfabrikant in Guben.
 Muster franco. Waare gegen Barzahlung.

Schönheit der Zähne | **GLYCERIN-ZAHN-CREME**
(sanitätsbehördlich geprüft)
KALODONT F. A. Sarg's Sohn & Co.,
K. K. Hoflieferanten in **WIEN.**
Bei allen **Apothekern, Drogisten und Parfumeurs** 1 Stück **65 Pf.**

Strohpreßerei